

# Danziger Zeitung

# Beitung.

Nr 18191.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettwigerstrasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben gespaltene gewöhnliche Schriftseite oder deren Raum 20 Pfz. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

## Telegramme der Danziger Zeitung.

Prag, 14. März. (Privatelegramm.) Gestern Abend wurden die Studentendemonstrationen fortgesetzt, die Polizei musste einschreiten und starke Patrouillen durchzogen Nächte die Straßen.

Brüssel, 14. März. (Privatelegramm.) Die Regierung hat den für den 18. März anberaumten Umzug sozialistischer Arbeiter zur Verherrlichung der Commune untersagt.

Manchester, 14. März. (W. T.) Eine Konferenz der Grubenarbeiter beschloß, falls eine Lohnherabsetzung von 5 Prozent steht, und eine fernere von 5 Prozent im Juli bewilligt werde, solle die Lohnfrage als gelöst betrachtet werden, anderenfalls beginne Sonnabend allgemeiner Ausstand.

New-Orleans, 14. März. (W. T.) Infolge fortgesetzten Steigens des Mississippi ist der Deich gebrochen und der ganze in der Nähe des Flusses gelegene Stadtteil ist überschwemmt. Man befürchtet, daß die angestellten Versuche, das Wasser in den Pontchartrain-See zu pumpen nicht genügen und daß andere Stadthelle überflutet werden.

## Politische Uebersicht.

Danzig, 14. März.

## Ministerkrisis in Frankreich.

Ganz unerwarteter Weise ist es, nachdem soeben erst Tirards Stellung eine neue Festigung erhalten zu haben schien, in Paris zu einer anscheinend ernsten Ministerkrise gekommen, und zwar nicht wegen einer Niederlage, die das Ministerium in der Deputirtenkammer erlitten hätte, sondern wegen einer Schlappe im Senate.

In der Deputirtenkammer selbst brachte gestern der Minister des Aeußern Spuller einen Gesetzentwurf ein, durch welchen das Zollwesen zwischen Frankreich und Tunis geregelt wird. Die tunesischen Erzeugnisse, wie Vieh, Getreide und Dole, werden in Frankreich zollfrei zugelassen, dagegen unterliegt Wein einem Zoll von nur 3 Proc. Besondere Maßregeln werden zur Verhinderung der Contrebände getroffen. Bei der Vorlage handelt es sich nicht um eine Handelsübereinkunft, sondern um einen Akt der Gouveränetät Frankreichs gegenüber dem unter seinem Protectorate stehenden Lande.

Über die gleichzeitigen Verhandlungen im Senate liegt nun folgendes Telegramm vor:

Paris, 14. März. (W. T.) [Genat.] In Beantwortung einer Interpellation betreffend den französisch-türkischen Handelsvertrag wiederholte der Minister des Aeußern, Spuller, daß bis zum Jahre 1892 die Clausel der meistbegünstigten Nation Platz greife. Der Ministerpräsident Tirard beantragte einfache Tagesordnung, welche mit 129 gegen 117 Stimmen abgelehnt wurde, worauf eine Tagesordnung zur Annahme gelangte, welche die Regierung ersucht, einen modus vivendi mit der Türkei bis zum Jahre 1892 zu vereinbaren.

Den Abstimmungen des Senats für oder gegen die Regierung wird nun vor im allgemeinen bei weitem nicht diejenige politische Tragweite beigemessen, als denjenigen der Deputirtenkammer. Trotzdem aber scheint Tirard entschlossen zu sein, die volle parlamentarische Consequenz aus dieser Niederlage zu ziehen und abzudanken, wie aus nächstender Depesche hervorgeht:

Paris, 14. März. (W. T.) Verschiedenen Morgenblättern zufolge beabsichtigten Tirard und Spuller in Folge des gestrigen Votums des Senats anlässlich der Interpellation über die französisch-türkischen Handelsbeziehungen zurückzutreten. Im heutigen Ministerrat würde die offizielle Entscheidung getroffen werden.

## Stadt-Theater.

Zum Benefiz für Herrn Regisseur Matthes wurde gestern Wildenbruchs Schauspiel „Das neue Gebot“ zum ersten Mal gespielt. 1886 erschien, gehört das Stück zu den neueren Arbeiten des Dichters, obwohl ihm seitdem bereits zwei Dramen gefolgt sind. Wäre es zehn oder zwölf Jahre früher herausgekommen, würde es wahrscheinlich um seines Großes willen einen sehr großen Erfolg gehabt haben. Der Held des Stücks ist ein Geistlicher, dessen tragischer Conflict daraus entsteht, daß er zwischen die entgegengesetzten Ansprüche von Kirche und Staat gestellt ist, wenigstens in der ersten Hälfte des Dramas. Das ist also ein Thema, das in den Zeiten des jng. Culturkampfes schon an sich eine starke Anziehung auf das Publikum ausgeübt hätte, ganz abgesehen von der Behandlung, die ihm Wildenbruch hat angedeihen lassen. Ein bloßes Tendenzdrama ist darum „Das neue Gebot“ keineswegs; der Dichter hat seine Personen nicht etwa nur zu Trägern bestimmter Anschauungen gemacht, die er von der Bühne herab dem Publikum vortragen will, sondern er hat den Conflict in die Seele der handelnden Personen gelegt und ihn dort mit eindringender Kenntnis des Seelenlebens entwickelt. Das Drama hat also einen künstlerischen Gehalt, der über die wechselseitigen Reaktionen weit hinausgeht. Die gestrige Aufführung zeigte uns auch wieder Wildenbruch als Dichter, der starke scenische Wirkungen zu erreichen, aber auch zarten und weichen Stim-

Tirard scheint diese verhältnismäßig geringfügige Veranlassung im Grunde garnicht unwillkommen gekommen zu sein, um sich zurückzu ziehen. Gerade wegen dieser Geringfügigkeit ist es jedoch auch ebenso leicht möglich, daß es keinen Collegen gelingt, ihn und Spuller umzustimmen. Wie aber auch die jetzige Krise verlaufen mag, soviel ist sicher, daß die Tage des Cabinets Tirard gezählt sind. Ist doch dasselbe nach französischen Begriffen auch schon ungewöhnlich lange im Amt, d. h. seit beinahe 13 Monaten.

## Verfehlte Auslegungen.

Nach jeder Wahl laugen Betrachtungen und Erörterungen darüber auf, daß eine Partei nicht die für sie abgegebenen Stimmen entsprechende Zahl von Mandaten erhalten habe. So wird der Rückgang der Süddeutschen Mandate der nationalliberalen Partei, der mit dem Rückgang der von ca. 90 000 auf 82 000 gefunnenen Stimmen in keinem Verhältniß, vielfach besprochen. Es ist nicht recht erfindlich, woraus man die Berechtigung herleiten will, aus der Stimmenanzahl die Zahl der Mandate zu berechnen. Schon der Wahlkampf, die Lebhaftigkeit der Agitation ist in den einzelnen Kreisen so sehr verschieden. In einem ist für eine Partei die lezte Stimme herausgepreßt, während die Gegenpartei durch energische Agitation, durch schärferes Ausnutzen lokaler Verhältnisse und Gegenseite noch manche jetzt nicht abgegebene Stimme hätte erzielen können. Da darf man doch auch nicht mit Durchschnittsziffern dieses oder jenes zu beweisen suchen. Wenn es von der jetzigen Wahl zum Reichstage heißt, 26 Proc. der stimmbildenden Wähler hätten nicht gestimmt — die „Nordd. Allg. Ztg.“ beschäftigt sich heute in einem ganzen Leitartikel mit diesem Thema — so ist das doch nur eine Illusion, die in ihrer Allgemeinheit die Anwendung auf eine Schlusfolgerung für den einzelnen Fall nicht zuläßt. Eine fernere Beschränkung des Operirens mit einem solchen Zahlenbegriff wird durch die Unmöglichkeit der Größe der einzelnen Wahlbezirke bedingt. Solche Wahlkreise wie Berlin VI., in denen allein für den sozialdemokratischen Kandidaten über 40 000 Stimmen abgegeben worden sind, machen doch jeden Vergleich mit solchen Kreisen unmöglich, in denen im ganzen nur 8000 Stimmen gezählt wurden. Der Trost, daß die 26 Prozent, die nicht gestimmt haben, der unterlegenen Partei den Sieg durch ihre Stimmabgabe zugewendet hätten, da diese 26 Proc. entschieden zufriedene Leute sein mühten, da sie sonst ihrer Unzufriedenheit an der Wahlurne Ausdruck gegeben hätten, ist schon etwas alt und verbraucht. Bekanntlich wurde er zum ersten Mal während der Conflictszeit vom Kriegsminister v. Roon angewendet und hat im Laufe der Zeit wohl auch nicht an Glaubwürdigkeit gewonnen.

Es fehlt auch nicht an Vorschlägen, die diese scheinbare Ungleichheit zwischen der Zahl der Mandate und der für eine Partei abgegebenen Stimmen beseitigen zu können glauben. Einer derselben schlägt gar vor, nach den in einem größeren Bezirke, etwa Regierungsbezirke oder gar Provinz, abgegebenen Stimmen die Zahl der Mandate zu verteilen. Dieser als so leicht ausführbar erscheinende Vorschlag ergibt bei näherer Betrachtung eine Menge von Schwierigkeiten, ja er würde geradezu Ungerechtigkeiten zur Folge haben, so lange nicht eine durchgreifende Reform der Wahlkreise selbst eintritt.

Im übrigen läßt sich gegenüber solchen Wünschen durch eine einfache Rechnung constatiren, daß bei einem solchen Wahlsystem bei den jetzigen Wahlen ebenso wenig Cartellparteien, wie Freisinnige einen Zusatz an Mandaten zu verlangen hätten, sondern einzlig und allein die Socialdemokratie.

## „Nationale“ Stimmen gegen Cartell und Kanzler.

Als nach den Wahlen von 1887 in den Kreisen der freisinnigen Partei hier und da der Wunsch nach der Abhaltung eines allgemeinen Parteitages laut wurde, da wußten sich die nationalliberalen

mungen einen schönen poetischen Ausdruck zu geben vermag.

Der Dichter versieht uns tief in das Mittelalter, in die Zeit des deutschen Königs Heinrich IV. und des Papstes Gregor VII., etwa in die Zeit zwischen 1073 und 1075, doch versöhnt er mit dem geschichtlichen Zusammentreffen oder Nichtzusammen treffen der einzelnen Vorgänge ziemlich frei nach seinen dramatischen Bedürfnissen. Die Handlung beginnt mit der Empörung der sächsischen Fürsten unter Otto v. Nordheim gegen Heinrich IV.; den Aufständischen ist gelungen, die meisten Zwingburgen, die Heinrich hat erbauen lassen, zu nehmen; nun wäßt sich der Aufruhr nach der Ortschaft Volkerode, welche bisher unter der geistlichen Führung des Pfarrers Wimar Anecht in wahrhaft idyllischem Glück und Frieden gelebt hat. Dies Friedensybill wird uns in den ersten Szenen anschaulich gemacht, als sich die Gemeinde um ihren Geisteshirten in der Kirche zur Weihnachtsfeier versammelt hat. Das Volk liebt den König und hat zu den sächsischen Großen, die gegen ihn aufgestanden sind, wenig Vertrauen. Wimar Anecht hat bisher die Treue gegen den König als christliches Gebot gepredigt. Er will auch trocken des wüsten Andrangens der aufständischen Fürsten bei dieser Predigt bleiben, da trifft die päpstliche Bulle ein, welche Heinrich in den Bann thut. Anecht unterwirft sich zunächst nach schwerem Kampf dem „Gebote Gottes“, das ihm durch den Mund des Papstes zu Theil wird. Aber schon im nächsten Akt wird diese Unterwerfung auf eine starke Probe gestellt; die schwer kranke, gleichfalls mit

Böller vor Spott und Hohn über die „bankettische“ Partei und deren vergebliche Versuche, den totalen Untergang aufzuhalten, nicht zu lassen. Heute herrscht hier ein anderer Ton und man beginnt das einst bei anderen Veripolitea nachzuahmen. Der Aufzug nach einem Parteitag ist mit grohem Nachdruck vorgestern Abend in einer Versammlung des nationalliberalen Vereins in Moabit erhoben worden. Man einigte sich über folgende Resolution:

Die Versammlung beschließt, den Vorstand zu beauftragen, 1. bei dem Vorstande des großen Berliner nationalliberalen Vereins in geeigneter Weise für eine bessere Organisation der Partei zu wirken und zu veranlassen, daß in allen Stadttheilen nationalliberale Bezirksvereine gebildet, und ferner, daß eine Gesamtvertretung der nationalliberalen Partei in Berlin geschaffen werde; 2. bei der parlamentarischen Centralleitung die Einberufung eines ganz Deutschland umfassenden nationalliberalen Parteitages zu beantragen.

Ein Punkt ist in der Resolution nicht berührt, die Lösung des Cartells. Für diese sprachen sich alle Redner aus, ausgenommen Dr. Sattler, der sich darüber nach dem der „Germ.“ vorliegenden Bericht nicht geäußert hat. Außer ihm hielten alle Redner das Cartell für die wesentliche Ursache der nationalliberalen Niederlage und verlangten, daß es gelöst werde, da es selbst auf dem platten Lande der Nationalliberalen geschadet habe. Archivrat Dr. Sattler hatte eine andere Ursache zur Hand. Er sagte, es sei bedauerlich, daß die Arbeiterschutz-Gesetze nicht schon dem vorigen Reichstage vorgelegen haben; er glaubte, die Wahlen hätten alsdann eine etwas andere Gestaltung erhalten. Schuld hieran habe der Reichskanzler, der bisher den Arbeiterschutz-Gesetzen großen Widerstand entgegensezt. Fürst Bismarck ist also die Ursache der nationalliberalen Niederlage.

Am meisten einig war die Versammlung darin, daß ein Parteitag einberufen werden müsse; selbst Dr. Sattler war dafür. Professor Erdig meinte, es müsse ein den Verhältnissen entsprechendes Programm aufgestellt werden. Das augenblickliche Programm sei das Heidelberger, das im Jahre 1884 nicht unter der Zustimmung der Gesamtpartei zu Stande gekommen ist. Es würde sich deshalb empfehlen, einen nationalliberalen Parteitag nach Berlin zu berufen, auf dem, unter Aufgabe des Cartells, ein bestimmtes Programm aufzustellen wäre. Goweit ging Dr. Sattler nicht, sondern er verwahrt seine Partei gegen die Programmlosigkeit; für den Parteitag trat auch er ein, nur will er zuwarten, bis sich die Verhältnisse geklärt hätten.

Es dämmert also mit Macht! Man erkennt, daß die von Herrn Horreicht noch jüngst in Magdeburg so laut gepräsene Programmlosigkeit der Partei unheilvoll ist, man will los von dem Cartell, es soll auf alle Fälle anders werden! Das alles ersüßt uns mit begreiflicher Genugthuung, wenn man auch abwarten muß, was aus der Sährung herauskommen wird.

Gleichzeitig mit diesem Vorstoße der Moabiter Nationalliberalen gegen Cartell und Kanzler bringt auch der freiconservative Abgeordnete Dr. Arendt in der Wochenschrift „Deutsches Wochentblatt“ einen Artikel unter der Überschrift „Ueber die Fehler unserer inneren Politik seit dem Tode Kaiser Wilhelms I.“ In demselben werden direkt der Regierung und indirekt dem Reichskanzler in einer verhältnismäßig erstaunlich offenen Weise die bittersten Vorwürfe gemacht und Wahrheiten gesagt:

Der Artikel führt aus, daß die Schuld für den Ausfall der Reichstagswahlen zum großen Theil die Regierung trägt. Die Offiziösen hätten den Grafen Waldersee der Deßentlichkeit als Schiltträger der Südkreise und Niederkreise denunziert und damit Mützfrauen in bürgerlichen Kreisen gejötet. Die Hervorzerzung des Battenbergconflicts nach dessen glücklicher Erledigung sei zweifellos offizieller Ursprung gewesen. Man habe gegen Kaiser Friedrich und seine Familie eine Sprache geduldet, welche das monarchische Prinzip auf das schwerste verletzte. Ein weiterer Fehler sei die Veröffentlichung des Immediatberichts über das Tagebuch gewesen und so sei es weiter gegangen: Verbot der „Volkszeit“, Händel mit Morier, Fall Wohlgemuth. Immer war es

dem Bann delegirt. Königin sucht in seiner Kirche Rettung, und die Barmherzigkeit sieht über den Gehorsam gegen das Altkönigreich. Die beiden ersten Akte, welche diese Handlung umfassen, sind außerordentlich lebendig und spannend gearbeitet; nur das lange Liebesgespräch zwischen Berthold und Gertrud, so poetisch es ist, scheint doch ein wenig unwahrscheinlich, denn die beiden Liebenden haben alle Ursache, sich in diesem Augenblick in ihrem eigenen und mehr noch im Interesse der Königin, die sie geleitet, schleunigst zu verbergen. Sie schwelgen aber so lange in ihrem Glück, daß sie wirklich entdeckt werden. Mit dem dritten Akt führt Wildenbruch nun ein neues tragisches Moment ein, das mit dem Vorangegangenen doch, wenn überhaupt, nur in einem sehr schwachen Zusammenhang steht: es wird der Befehl des Papstes verkündigt, der den Cöllbat für die Selbstkritik einführt und damit Anecht die Ehe aufhebt. Da Anecht sich von seiner Frau Martha nicht trennen will, wird er aus dem Pfarramt vertrieben. Martha erlegt den Leid, die sich daraus ergeben, und das Stück kommt zu einem versöhnlichen Abschluß, indem am Schlusse Anecht von seinen Pfarrkindern wieder zurückgeholt wird. Diesem zweiten Theile fehlt die starke dramatische Belebtheit des ersten. Gleich die erste Scene des dritten Aktes mit dem peinigenden Bericht der alten Bäuerin an Gertrud über das dem väterlichen Hause drohende Unheil ist viel zu gedehnt. Auch ist die bußfertige Reue des fanatischen Mönches Bruno am Schlusse aus dem Charakter dieses Mannes nicht motiviert; der

die Opposition, welche Wasser auf ihre Mühle durch Ungeheuerkeiten der Regierung und der offiziösen Presse erhielt. Weitere Fehler hätten bestanden in der Behandlung der Frage der Verbesserung der Beamtenbefolbungen, der Steuerfrage im preußischen Landtage, in der Verabschiedung des Reichstages ohne Erledigung des Socialistengesetzes, Widerstand gegen die Arbeiterschutz-Gesetzgebung. Die der Regierung nahestehende Presse mühete ein Muster der Sachlichkeit und der Wohlstandigkeit sein. Statt dessen ist es bei uns sowohl gekommen, daß die „Nordd. Allg. Ztg.“, die „Berliner Polit. Nachrichten“ und eine Reihe nationalliberaler Provinzblätter bei allen Parteien gleichmäßig verhält und mißachtet sind. Es sei dringend nothwendig, daß dem Unzug der Offiziösen ein Ende gemacht werde. Daß die Nationalliberalen das Offizienthum abschütteln werden, nehmen wir als sicher an, da diese Partei sich selbst aufgeben würde, wenn sie sich die Eselstritte gefallen ließe, welche sie in den selben offiziellen Organen erhält, die während der Wahlbewegung beständig für die Nationalliberalen gegen die Hochconservative Partei ergriffen und durch ihre Hezzeren die Jernwürfse innerhalb des Cartells verschärft hatten. — Die Regierung müsse wieder eine feste, einheitliche, entschiedene Haltung zurückgewinnen. Das Volk muß wieder ein klareres Bewußtsein dafür gewinnen, daß ein Kaiser und Könige im Lande regiert. Die Unentschlossenheit darf nicht länger jeder noch so nothwendigen Reform im Wege stehen. „Es war ein Opportunismus eingegriffen, der nur die Bedürfnisse des Augenblicks zu befriedigen strebte — nahm uns die Ginstflut! Die Politik eines großen Landes aber muß einheitlich und nach bleibenden Gesichtspunkten geführt werden. Man darf nicht heut das Volk zum Kampf gegen Rom auffordern und morgen den Papst zum Schiedsrichter unserer inneren Politik machen, Socialpolitik treiben und das Großkapital ängstlich schonen, Colonien erwerben und die Mittel scheuen, die für dieselben aufzumenden sind. Schließlich bemerkt das freiconservative Wochenblatt, der Rücktritt des Reichskanzlers sei nicht die Voraussetzung für die Kaiserpolitik Wilhelms II. „Fürst Bismarck ist groß geworden als Vertreter des monarchischen Prinzips, er wird, wie kein anderer, die Folgerungen dieses Prinzips zu ziehen wissen. Fürst Bismarck wird der Diener seines Kaisers und Königs bleiben, auch wenn dieser der eigenen Richtung folgt.“

Man wird sich nun allerdings erinnern, daß Dr. Arendt auch früher schon im direkten Gegensatz zu der überwiegenden Mehrzahl seiner Fraktionen gegen sich einer anderen, offeneren und selbständigeren Sprache gegen die Regierung bestreift hat, z. B. während des Battenbergconflicts. Nichtsdestoweniger erinnert dieses scharfe Auftreten im gegenwärtigen Zeitpunkte noch mehr aber das mit ihm zusammenfallende Vorgehen der Moabiter Nationalliberalen einigermaßen an die Gewohnheit gewisser Bewohner von Schiffen, wenn dieselben zu sinken beginnen.

Im übrigen wäre es noch erfreulicher, wenn der Abg. Dr. Arendt auch tatsächlich die Consequenzen aus seinen manhaften Worten ziehen würde. Er ist Mitglied des Abgeordnetenhauses; er gehörte hier den Unzug der Offiziösen; folglich wird er die Aufhebung des Welfensonds, des Urquells des Republikanuwesens, beantragen. Die Liberalen werden ihn dabei gewiß gern unterstützen.

## Die Mitglieder der internationalen Arbeiterschutzkonferenz.

Auf der am 15. März in Berlin zusammengetretenden internationalen Arbeiterschutzkonferenz werden außer Deutschland folgende Staaten vertreten sein: Belgien, Dänemark, England, Frankreich, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich-Ungarn, Portugal, Schweden und Norwegen, die Schweiz und Spanien. Die Namen der Delegierten Deutschlands haben wir gestern aufgeführt. Als Delegierte der übrigen Staaten werden der Conferenz bewohnen:

Gentse Belgien: Baron Greindl, Staatsminister Jacobs, Director im Ministerium für Landwirtschaft Sarje und ferner als Beirath Baron Arnold Reinhold von Roedenebeck.

Gentse Dänemarks: Geh. Staatsrat Tietgen, Fabrikinspector Dr. phil. H. A. Topsøe, Director einer Feuerversicherung L. Bramsen.

Gentse Englands: Sir E. Malet, Sir John Gorst, parlamentarischer Unterstaatssekretär im India Office, der Großindustrie in Manchester Sir William Houldsworth und der Eisenindustrie in Darlington David Dale.

Dichter hat sie wohl nur eingesetzt, um den gelösten Triumph seines Helden in vollem Glanz zu zeigen.

Wie Wildenbruch dazu gekommen ist, gerade die Zeit Heinrichs IV. und Gregors VII. für seinen Stoff zu wählen, ist nicht recht klar. Denn es hat kaum einen traurigeren Vertreter der Rechte des Staates gegen die der Kirche gegeben, als jenen Heinrich, der ja bekanntlich auch die erste Wanderung nach Canossa gemacht hat.

Die gestrige Aufführung machte den Hauptdarstellern und der Regie alle Ehre. Die vielen Volksszenen waren gut arrangiert und geprägt, nur im 3. Akt kam einmal einige Unsicherheit zur Erscheinung. Mr. Matthes führte den Wimar Anecht sehr würdig und durchweg mit dem rechten Herzton durch; er wurde vielfach gerufen und mit Anerkennungen bedacht. Sehr tüchtig stand ihm Frau Staudinger (Martha) zur Seite und nicht weniger glücklich spielte Fr. Immisch die Gertrud mit jarter Innnigkeit. Mr. Remond gab die Idealgestalt des jungen Alters Berthold schwungvoll und mit warmem Gefühl. Die beiden schlauen Personen, der wilde Bauer Reginer und der fanatische Mönch Bruno, wurden von Herrn Stein und Herrn Weidlich sehr gut gespielt; nur glückte dem Letzteren der klägliche Theil der Partie am Schlusse, der uns auch psychologisch unvierscheinlich erscheint, nicht recht,

Geltens Frankreichs: Jules Simon, Senator und Mitglied der französischen Akademie, der Senator Tolain, das Mitglied der Deputiertenkammer Burdeau, der Generalinspektor und Präsident des Oberminenraths Linder, der Mechaniker Delahaye und als Beirath der erste Polizeisecretär bei der Berliner Polizei Dumaine; als technische Beiräthe sind dieser Delegirten beigegeben: der Gewerbeinspecteur Laporte, der Generalconseil Jacquot, der Cabinetschef des Senatspräsidenten Lebon und der Ingenieur Pelle.

Geltens Italiens: der Senator Gerolamo Boccardo, der Deputierte Vittorio Ellena und der Generaldirector der Statistik Luigi Bodio, als Beiräthe der Abteilungshof im Finanzministerium Stringher und der Professor Maurizio Calatabiano.

Geltens Luxemburgs: Dr. J. A. Brasseur.

Geltens der Niederlande: der Berliner Gesandte Jonckheer van der Hoeven, der Ministerialrat im Justizministerium Gnibbes von Wissenkerke, sowie der Arbeitsinspecteur Gruwe.

Geltens Österreich-Ungarns und zwar österreichischerseits: für das Handelsministerium Ministerialrat Béla Frhr. v. Weigelsperg und der Central-Gewerbe-Inspecteur Ministerialrat Dr. Franz Migerka, für das Ackerbauministerium Ministerialsecretär Dr. Ludwig Haberer, für das Ministerium des Innern August Frhr. v. Boppert-Leenherz; ungarischerseits: Ministerialrat Dr. Julius Schnierer, Ministerialrat Béla Gränenstein als Bergbausachmann, sowie der Industrieinspecteur Josef Esterénni.

Geltens Portugals: wahrscheinlich der Berliner Gesandte Marquis de Penafiel.

Geltens Schwedens-Norwegens: das Mitglied der ersten Kammer v. Tham und der Generalsecretär im Ministerium des Innern zu Christiania Eduard Christie, zur Disposition dieser beiden Bevollmächtigten Ministerialsecretär Graf Wrangel.

Geltens der Schweiz: der Landammann Blumer und der erste Secretär des eidgenössischen Departements für Industrie Dr. Kaufmann.

Die Namen der Vertreter Spaniens sind bis jetzt noch nicht bekannt gegeben.

#### Ein Schauri in Deutsch-Ostafrika.

Bekanntlich beschäftigt die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft, nachdem nunmehr die Ruhe im größten Theile unseres Schutzbietes an der Ostküste Afrikas hergestellt ist, mit ihrer Thätigkeit wieder zu beginnen. Gewissmachsen als Einleitung zu derselben wurde am 6. Februar in Bagamoyo mit den Indiern und Njumbes des Districts ein großer Schauri abgehalten. Es waren zu diesem Zwecke, wie den „Hamb. Nachr.“ aus Bagamoyo geschrieben wird, sämmtliche Njumbes eingeladen worden, welche auch alle persönlich erschienenen. Nur wenige, die verhindert waren, hatten Stellvertreter geschickt. Der Reichs-Commissar Major Wissmann hielt eine längere Ansrede in der Kiswahilysprache, welche sehr beständig aufgenommen wurde. Godann sprach Consul Bohsen, General-Director der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft, zuerst zu den Indiern, dann zu den Negern. Den Indiern wurde gesagt, daß zur Erleichterung des Handels die deutsch-ostafrikanische Gesellschaft in Bagamoyo eine große Factorei anlegen werde, welche alle Tausch- und Handelsartikel in großen Mengen auf Lager halten und ihnen den Einkauf derselben erleichtern werde, so daß sie die Waaren nicht erst aus Janibar zu beziehen, also auch keine Fracht u. s. w. zu zahlen brauchten. Das Vortheilhafteste dieses Planes schien den Indiern einzulichten. Die Njumbes wurden aufgefordert, mit den Deutschen an der Entwicklung des Landes dadurch Hand in Hand zu arbeiten, daß sie die Bedeckung des Landes energisch wieder aufnehmen, die gewonnenen Feldfrüchte an den Mann bringen und dafür Sorge tragen sollten, daß ihre Untergebenen den Gegen cultureller Fortschritte kennen lernen. Sämmtliche Njumbes versicherten darauf, daß sie sich schon sehr wohl fühlen, als zur Zeit der früheren Regierung, und daß es ihr eifrigstes Bestreben sein werde, die Zufriedenheit des Bana kuba (großen Herrn) zu erwerben. Je nach ihrem Rang und ihrer Bedeutung wurden sie darauf von der deutsch-ostafrikanischen Gesellschaft beschenkt. Tücher, Hemden, arabische lange Mäntel und Mützen, Stoffe etc. wurden ihnen reichlich verabfolgt, so daß sie sehr vergnügt ihre Heimreise antraten.

#### Im englischen Unterhause

erklärte der Unterstaatssecretär Fergusson, er habe keine Nachricht davon erhalten, daß die türkischen Truppen in Sivas in Armenien Grausamkeiten verübt hätten. Der Präsident des Handels-Ministeriums Hicks-Beach teilte mit, England werde auf der am 1. April beginnenden Industriellen Conferenz in Madrid durch den Parlaments-Unterstaatssecretär des Innern Stuart Wortley, den Superintendenden des Departements der Verträge im auswärtigen Amt Sir Bergue und den General-Controleur des industriellen Eigenthums (Patentamt) Lack vertreten sein. Der Ackerbauminister Chaplin sprach sein Bebauen aus, daß die Einfuhr von Vieh aus Schleswig-Holstein noch untersagt bleiben müsse, da neuerdings Fälle von Maul- und Klauenfiechte in Schlesien bei Pinneberg vorgekommen seien.

Der von der Regierung bekämpfte Antrag Hamleys, betreffend die bessere Dotirung der Freiwilligencors aus Staatsmitteln, wurde mit 135 gegen 102 Stimmen angenommen, indessen wird diese Schlappe der Regierung zu irgend welchen politischen Weiterungen wohl kaum führen.

#### Deutschland.

Berlin, 14. März. Der Reichskanzler hat dem Bundesrat gleichzeitig mit einem im Reichs-eisenbahnamte ausgearbeiteten Denkschrift betr. die Abänderung des Betriebs-Reglements für die Eisenbahnen Deutschlands, sowie der Anlage D. zu diesem Reglement, vier Anträge des Amtes zur Beschlusshabe vorgelegt. Der Bundesrat hat sich mit diesen Anträgen bereits in seiner heutigen Sitzung beschäftigt. Der erste Antrag geht dahin, in Übereinstimmung mit dem seit kurzem auf allen deutschen Eisenbahnen eingeführten Verfahren, alle schnellschaffenden Personenzüge, abgesehen von den Orientexpresszügen, einheitlich als Schnellzüge zu bezeichnen, diese Bezeichnung auch an einer bestimmten Stelle des Reglements einstreuen zu lassen. Der zweite Antrag beweist das von der Rottweil-Hamburger Pulversfabrik hergestellte „Rottweiler Kleinkaliber-Pulver“ unter denselben Bedingungen wie das gewöhnliche Schwarzpulver zur Eisenbahnförderung zugelassen. Der dritte Antrag will die Anlage D. zum Betriebsreglement dahin geändert wissen, daß der neue Sprengstoff „Ruborit“ unter den für die Sprengstoffe „Schurit“ und „Ruburit“ gestellten Bedingungen zur Eisenbahnförderung zugelassen wird. Der letzte endlich wünscht eine Änderung der Anlage D. dahin, daß mit Teit oder Del getränktes Papier, sowie Hülsen aus solchem nur in bedeckt

gebauten oder in offenem Wagen unter Deckenschluß befördert werden dürfen.

\* [Wechselstempelsteuer.] Amlicher Nachweisung folgebeitrag die Einnahme an Wechselstempelsteuer im deutschen Reiche für die Zeit vom 1. April 1889 bis Schluss des Monats Februar 1890: 6 830 441,80 Mk. oder 528 782,20 Mk. mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahrs.

\* [Die Cartellpresse und die Kaiserin Friedrich.] Die Cartellpresse hat auch nach ihrer Niederlage nichts gelernt und nichts vergessen. Sie kann das Hohen und Denunzieren nicht lassen, und dazu muß nicht nur die freisinnige Partei, sondern auch die Kaiserin Friedrich wieder herstellen. So schreibt neuerdings die „Rh.-Westf. 3.“:

„Die Kaiserin Friedrich unterhält, was kein Geheimnis ist, zu einer Reihe namhafter Grünen der freisinnigen Partei nach wie vor Beziehungen. Man glaubt, daß der Einfluß der hohen Dame auf die ihrem Rathe zugänglichen Herren jetzt als ein mächtigender sich erweise werde.“

So confus diese „Nachricht“ klingt, so liegt doch, bemerkt dazu das „B. Tgl.“, ihre denunciatorische Tendenz klar zu Tage, und es genügt zu ihrer Kennzeichnung, sie niedriger zu hängen.

\* [Die „Nationalzeitung.“] Die „Nationalzeitung“ bepricht das Verhalten der Opposition im Abgeordnetenhaus während der Polendebatte und meint:

„Dahin wird man die Frage halten müssen, ob . . . dem polnischen Adel und dem polnischen Clerus gestattet sein soll, in alter Ruhe die Vorbereitungen für den nächsten der periodischen polnischen Aufstände zu treffen . . . Den Deutschfreisinnigen steht Parteihoch höher, als der Schutz der eigenen Nationalität und als die Sicherheit des Grenzlandes.“

Mit solchen Redewendungen kann die „Nat. Ztg.“ vielleicht politischen Kindern im Centrum und Westen des Reichs, die von den Verhältnissen im Osten keine Ahnung haben, Angst machen, hier in unserem Osten wird sie damit niemandem imponieren, sondern höchstens mit leidigen Lächeln hervorrufen; ernst genommen zu werden verdient sie ohnehin vermöge ihres würdelosen Gebahrens seit dem Wahlauftale nicht mehr.

\* [Wahlkampf.] Die „Post“ erzählt von einem Wahlkampf, den die Socialdemokraten bei der letzten Wahl angewandt haben sollen. Darnach sollen nicht weniger als ca. 8000 socialdemokratische Arbeiter sowohl in ihrem Heimatort, als auch in den Großstädten, wo sie arbeiten, auskunni haben. Die „Post“ meint mit Recht, daß die wissenschaftliche Fälschung des Wahlergebnisses eine schwere Beschuldigung ist, daß eine dahingehende Behauptung mit sicherer Belägen beglaubigt sein muß. Gleichzeitig findet sie aber in der Thatjage, falls sie wahr ist, „Anlaß zu ernsten Maßnahmen“.

Dresden, 13. März. Die zweite Kammer genehmigte den Bau der Eisenbahnlinie Waldheim-Röhlisch, Saupsdorff-Wilschhaus, Herrnhut-Bernstadt, Schönberg-Hirschberg und Zwickau-Crossen-Mosel, sowie die Erweiterung der Station Erlau.

Frankfurt a. M., 13. März. Der bisherige Director der allgemeinen Elektricitäts-Gesellschaft, Oskar v. Miller, ist in den Vorstand der internationalen elektrischen Ausstellung für 1891 eingetreten und zum Vicepräsidenten desselben ernannt worden. Der Vorstand hat ihm den Hauptantheil an der technischen Leitung der Ausstellung übertragen.

Aachen, 13. März. In einigen Tuchfabriken haben die Weber die Arbeit gekündigt, wenn ihnen nicht innerhalb 14 Tagen ihre Forderung auf höhere Löhne bewilligt würde; in einer anderen Tuchfabrik haben die Weber die Arbeit niedergelegt, weil ein College angeblich ungerecht fertig entlassen worden ist. (W. T.)

München, 13. März. Wie die „Allgem. Ztg.“ meldet, wird sich der Ministerrat heute Nachmittag mit der von der „Allgem. Ztg.“ jüngst erwähnten neuverlichten Stellungnahme der Bischöfe zu den kirchenpolitischen Angelegenheiten beschäftigen. Tücher, Hemden, arabische lange Mäntel und Mützen, Stoffe etc. wurden ihnen reichlich verabfolgt, so daß sie sehr vergnügt ihre Heimreise antraten.

Neusäß, 13. März. Der Redacteur Tomitsch, welcher bei einer Schlägerei auf dem hiesigen Bahnhof den ehemaligen Reichstagsabgeordneten Dimitriewitsch so schwer verwundet hatte, daß derselbe den Verlebungen alsbald erlag, ist wegen Mordes zu lebenslänglichem Zuchthaus verurtheilt worden. (W. T.)

#### Holland.

Haag, 13. März. [Zweite Kammer.] Auf eine Interpellation über die Vertretung der Niederlande auf der Arbeiterschutz-Conferenz in Berlin wurde regierungsetztig erklärt, die Delegirten seien dahin instruiert worden, daß sie eine reservirte Haltung einzunehmen und in keiner Hinsicht der Industrie und der Zollgesetzgebung des Landes zu präjudizieren haben.

#### Frankreich.

Paris, 13. März. Ministerpräsident Tirard machte im Ministerrtheil den Vorschlag, der Kammer eine Creditforderung von 100 000 Fr. für den im Mai hier selbst stattfindenden internationalen Telegraphen-Congress zu unterbreiten. — Der Arbeitsminister Jane hat den Ingenieur Pelle gleichfalls zum technischen Beirath der Delegirten für die Berliner Conferenz ernannt.

#### Serbien.

Belgrad, 13. März. Da sechs active Minister ihre Sitze im Staatsrtheil einnehmen werden, erwartet man in politischen Kreisen den Eintritt von zwei oder drei neuen Mitgliedern in das Cabinet, sobald der Staatsrath seine Thätigkeit begonnen haben wird. (W. T.)

Belgrad, 13. März. Der Kronprinz von Italien stellte gestern den drei Regenten Besuch ab, derselbe ist heute zum Dejeuner bei der Königin Natalia geladen. (W. T.)

#### Bulgarien.

Sofia, 13. März. Mit Rücksicht darauf, daß der leichte der Handelsverkehr zwischen den Mächten und der Türkei am 10. (22.) Mai d. J. abläuft, verständigte die bulgarische Regierung die politischen Agenten von Frankreich und Griechenland davon, daß sie sich bis zum Abschluß neuerlicher Handelsvereinbarungen mit Bulgarien Actionsfreiheit vorbehalte. — Der Fürst Ferdinand verließ mittelst schmeichelhaften Schreibens dem Minister Skambulow die goldene Verdienstmedaille. Matkurow erhielt dieselbe Medaille in Silber. (W. T.)

#### Türkei.

Tanea, 13. März. Schakir Pascha hat für die anlässlich der jüngsten Unruhen Verurtheilten bei der Pforte eine Amnestie beantragt, welche sich jedoch nicht auf die in coatomaciam Verurtheilten

erstrecken soll. Die Kriegsgerichte dürfen demnächst aufgehoben werden. (W. T.)

#### Rußland.

Petersburg, 13. März. Nach offizieller Bekanntmachung soll die in der Wehrpflichts-Ordnung vorgesehene Einberufung der Landwehrleute erster Kategorie zu Übungsvorführungen alljährlich erfolgen, und zwar in den Jahren 1890 und 1891 auf vier Wochen. (W. T.)

Min. 15. Mär. Danzig, 14. März. V. A. 3.17. G. A. 6.19. U. 6.1. Metterausichten für Sonnabend, 15. März, auf Grund der Berichte der deutschen Seewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland.

Temperatur fast überall steigend. Strichweise Nebel und Niederschläge. Schwache Winde, meist bedeckt.

Für Sonntag, 16. März:

Meist trübe, ziemlich milde; mäßige Winde. Vielsach neblig. Niederschläge.

Für Montag, 17. März:

Bedeckt, trübe, Nebel. Niederschläge; wenig veränderte Wärmelage. Mäßige und frische, bölige Winde.

Für Dienstag, 18. März:

Wenig wärmer; bedeckt, meist trübe, strichweise Nebel. Lebhafte, bölige Winde. Niederschläge.

\* [Eisgang.] Der Eisgang durch die Danziger Weichsel hat bis heute früh angehalten und sich während der Nacht glatt vollzogen. Heute Vormittag trieben nur noch vereinzelte Schollen der See zu. Wie es scheint, ist das Eis des preußischen Stromlaufs vollständig abgegangen, doch kommt auch schon etwas polnisches Eis herab. Die Hauptmasse des neuen polnischen Eises (die eigentliche Winter-Eisdecke ging bekanntlich schon früher ab) ist noch zu erwarten. Aus Marschau wird heute telegraphiert: Wasserrstand gestern 1.07, heute 2.06 Meter. Eisgang von oberhalb.

Aus Marienburg schreibt man uns von heute Morgen: Das Nogat liegt noch unverändert fest. Das Wasser ist abwechselnd gesiegeln und gefallen; jetzt 2.60 Meter am Pegel.

\* [Zum Schlachthaus-Bau.] Der hiesigen Stadtverordneten-Versammlung sind nunmehr vom Magistrat die erforderlichen Druckexemplare des Reiseberichts zugegangen, welchen die im Oktober v. J. von den städtischen Behörden zur Besichtigung öffentlicher Schlachthöfe und Viehmärkte entstandene Commission verfaßt hat.

Der erste Theil dieses Berichtes enthält eine objective Darstellung derjenigen Schlach- und Viehhofanlagen, welche die Commission auf ihrer Reise bestichtigt hat, während der zweite Theil derselben ein ausführliches Gutachten nebst Situations-Skize und Kostenanschlag für die hiesige Schlachthaus-Anlage enthält und so abgeschlossen ist, daß es als ein generelles Project für den zu erbauenden Schlach- und Viehhof angelehnt und als Grundlage für eine Commissionsberatung verwendet werden kann.

Der Magistrat schlägt vor, die principiellen Fragen dieser Angelegenheit in einer gemeinsamen Commission zu berathen, diefelbe auf 9 Mitglieder zu beschränken und in die selbe 5 Stadtverordnete und ein Bürgermitglied zu wählen, während seitens des Magistrats die 3 Mitglieder der Reise-Commission (die Herren Gladbaurath Licht, Stadtrath Trampe, Gasanstalts-Director Kunath) in die selbe zu depurieren beabsichtigt wird. Es wird aber als wünschenswerth erachtet, daß sämmtlichen Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung Gelegenheit geboten wird, den Berathungen der Commission beizuhören.

Die städtische Reise-Commission hat die Städte Berlin, Leipzig, Chemnitz, München, Darmstadt, Frankfurt a. M., Wiesbaden, Bremen, Elberfeld, Köln, Paris, Brüssel, Antwerpen, Amsterdam, Hannover, Bremen, Hamburg und Lübeck besucht und hier neben anderen größeren kommunalen Anlagen und Schöpfungen der neueren Technik namenlich die Schlach- und Viehhof-Anlagen eingehend bestichtigt. Ihre Vorschläge durch detaillierte Berichte und zahlreiche Zeichnungen erläutern, gehen nun dahin, auf der Klappweise einen öffentlichen Schlachthof und einen öffentlichen, auch für den Export nutzbar zu machenden Viehhof zu errichten. Auf dem Viehhof sollen 4 Schlachthallen, nebst den entsprechenden Ställen errichtet werden, für deren Größenverhältnis angenommen ist, daß jährlich in denselben 12 000 Rinder, 35 000 Schafe, 22 000 Kälber und 18 000 Hammel geschlachtet werden. Daneben sollen Verwaltungsgebäude, Restauration, Kühl- und Maschinenhäuser, ein besonderes Pferde-Schlachthaus für jährlich 800—1000 Pferde, drei große Markthäuser, in den ganzen ca. 20 einzelne Gebäudeteile auf dem Schlachthofsterrain errichtet werden. Ein begegnet vorläufiger Kostenüberschlag schließt mit der Summe von 2 650 000 Mk. ab, wovon 1 625 000 Mk. auf den Viehhof und 590 000 Mk. auf den Viehhof und 425 000 Mk. auf Nebenkosten entfallen.

\* [Protest gegen das Gutachten der Bau-Akademie.] Die landwirtschaftlichen Vereine Briesen, Lübben, Luckau, Cottbus, Friedland, Guben, 1. von Briesen über Glogau, 2. von Briesen nach Gr. Radowitz, Lindau, Orlau nach Hohenkirch; 3. von Briesen über Cottbus, 4. von Briesen über Zehden nach Schönsee, daneben ein Pfasterweg von Grünseide bis zur Eisenbahnstrecke bei Al. Radowitz; 5. von Briesen über Barendorf über Wismar nach Lübbow; 6. von Schönsee über Bielitz nach Chełmno. Wann und mit welcher Strecke begonnen wird, soll ein späterer Kreistag beschließen. Ueberraschend war der Beschuß über die erstgenannte Bauseite, weil dieselbe einen Concurrentenplan über Mischwies-Dashow nach Jastrow hat, für welchen bis dahin namentlich der Alleingrundbesitz so sehr warm eingetreten war.

R. Bromberg, 13. März. Der hiesige Verein der Deutschfreisinnigen wird auch nach beendetem Reichstag weiter seine Thätigkeit hier entfalten und besonders ein Zusammensein aller wirklich liberalen Elementen anstreben. Diese Thätigkeit soll aber nicht bloß den hiesigen Wahlkreis umfassen, sondern auch über denselben hinaus sich auf den ganzen Regierungsbezirk erstrecken. Die Anregung hierzu haben u. a. auch die in den großen Städten des Regierungsbezirks wohnenden Gesinnungsgenossen gegeben, welche schon vor der letzten Reichstagswahl sich eng aneinander angeschlossen haben. Auch diese wollen einen Anschluß an unseren Verein und es läßt sich wohl erwarten, daß diesem Verlangen bald stattgegeben werden wird, in der richtigen Voraussetzung, daß dadurch, wenn die Gache richtig angeht, eine geistliche Entwicklung der freisinnigen Vereinsbestrebungen überhaupt erzielt werden wird. Bei den letzten Wahlen haben, wie bekannt, die Deutschfreisinnigen unseres Wahlkreises, um bei der Stichwahl nicht den Candidaten der Polen durchkommen zu lassen, dem Candidaten der Conservativen ihre Stimme gegeben und dadurch diesem zum Siege verholfen. Wäre dies nicht geschehen, dann hätte, weil die 2000 sozialdemokratischen Stimmen sich auf den Polen vereinigten, der deutsche Kreis Bromberg durch einen der polnischen Reichstagsfraktion angehörigen Abgeordneten seine Vertretung gefunden. Von den Conservativen erwartet man nunmehr aber auch, daß bei der nächsten Wahl nicht einzig einen Candidaten aus ihren Reihen aufstellen werden, wie dies bisher geschehen ist, sondern daß sie sich zu einem Compromiß mit der liberalen Partei verstehen werden. Schon bei den nächsten Landtagswahlen wird ihnen Gelegenheit geboten werden, nach dieser Richtung hin durch die That zu zeigen, wie weit das nationale Interesse bei ihnen reicht, wenn es



Fr. Carl Schmidt

empfiehlt

(438)

# Neuheiten

in Kinder- und Baby-Artikeln.

Zurückgeleiste Mäntel, Kleidchen, Schürzen etc.  
räumungshalber zum Kostenpreise u. darunter.

Soeben wieder eingetroffen:  
Löffel-Cichorien per Pack 20 Pfg.

Gemisches Backobst.  
Äpfel, Birnen, Pfirsichen, per Pfund 25 Pfg.,  
Gänseblümchen, per Pfund 45 Pfg. und 60 Pfg.,  
Birnen, per Pfund 25 Pfg. und 70 Pfg.,  
Geschälte Äpfel, per Pfund 70 Pfg.,  
Bestes gemisches Backobst, per Pfund 50 Pfg.,  
Güte türkische Pfirsichen, per Pf. 20, 25, 30 Pfg.,  
Feinste Sultan-Tafelpfirsichen, per Pfund 40 Pfg.,  
Sauere Äpfelchen, per Pfund 60 Pfg.,  
Neue Prünellen, per Pfund 70 Pfg.

Magdeburger Sauerkohl, 2 Pfund für 10 Pfg.,  
Hessiger Sauerkohl, 3 Pfund für 10 Pfg.,  
Victoria-Erbsen (neue), per Pfund 17 Pfg.,  
Gulichende weiße Erbsen, p. Pf. 12 Pfg., p. Ltr. 18 Pfg.,  
Ungeschälte Victoria-Erbsen, p. Pf. 15 Pfg., Ltr. 22 Pfg.,  
Weiße Bohnchen, per Pfund 14 Pfg., per Ltr. 22 Pfg.

Fadennudeln, per Pf. 25 Pfg. und 40 Pfg.,  
Maccaroni, per Pfund 45 Pfg.,  
Echt italienische Maccaroni, per Pfund 60 Pfg.,  
Echte Gierschnittlaubeln, p. Pf. 60 Pfg., 5 Pf. 2,80 Mk.

Amerikanisches Fett, per Pf. 39 Pfg.,  
Garant. reines amer. Schweinschmalz, per Pf. 5 - Pfg.,  
5 Pf. 2,45 Mk.,  
Feinstes Bratenschmalz, per Pfund 55 Pfg.,  
Allerfeinst Margarine, per Pfund 75 Pfg. (165)

Rudolf Baecker,  
Inhaber: Egmont Reischke.  
22. Holzmarkt 22.

Mein zu großes Lager in Conserven zu  
räumen, verkaufe ich dieselben von jetzt ab zu  
folgenden Preisen:

Dreizeh für Büchsen a	4 1/4	2 1/4	1 1/4
Schnittbohnen	0.90	0.50	-
Stangenpürgel	-	1.00	0.75
Schnittpürgel	-	1.60	1.00
Steinpilze	-	-	-
Steineklauen	-	-	-
Pürschle, Mirabellen im Durchschnitt jede Büchse	1.00	-	-
Junge Erbsen, hochfeinste Qualität	-	1.10	-
" " feine "	-	0.85	0.50
Champignons	-	0.70	-
Champignons	-	1.75	1.00

Gustav Sawandka,  
Nr. 10. Breitgasse Nr. 10.  
Ecke Kohlengasse. (437)

Heute Vormittag 10 Uhr  
starb nach kurzem Leiden  
im Alter von 44 Jahren  
mein liebster Sohn, unter  
lieber Bruder, Schwager  
und Onkel, der Kaufmann  
Edward Loewinsohn.  
Dieses zeigen statt befon-  
derer Melbung ließ betrieben  
Danzig, 14. März 1890  
Die Hinterbliebenen.

Nach Bergen  
mit Durchfrachten nach ganz  
Norwegen  
S/S Alpha.  
Expedition 27./29. cr.  
Güteranmeldungen erbittet  
E. Jörgensen. (406)

D. Fortuna, Ept. Doist.  
D. Thorn, Ept. Greller.  
D. Weißel, Ept. Engelhardt  
Jahre nebst Schleppkähnen von  
Öffnung der Schiffssahrt ab  
regelmäßig nach Bromberg (Montivryc.)

Thorn,  
Włocławek.  
Güterannahme erfolgt bereits  
best. (340)  
Dampfer-Gesellschaft  
„Fortuna“,  
Schäferei Nr. 12/13.

Die Dampfer Alice, Bromberg,  
Montivryc., Neptune werden in  
diesem Jahre durch mich expediert,  
beginnen ihre Fahrten sofort nach  
vollendetem Eisgang auf der  
Weichsel und laden nach sämtlichen  
Weichselhäfen

Dirschau,  
Rawa,  
Kurzebrack,  
Neuenburg,  
Graudenz,  
Görlitz (Glatz),  
Gulm,  
Bromberg bis  
Montivryc.,  
Thorn,  
Włocławek.  
Güter Anmeldungen erbittet

Ferd. Krahm.  
Dampfer „Alice“  
liefert nach  
Thornu. Włocławek.  
Güteranmeldungen erbittet

Ferd. Krahm.  
bei Jacob H. Loewinsohn,  
9. Wollwebergasse 9.

Albums  
bei Jacob H. Loewinsohn,  
9. Wollwebergasse 9.

Ein grös. eiserner Geldschränk  
wird gekauft.

Abreissen unter Nr. 131 in der  
Expedition dieser Zeitung erbetet.

Ferd. Krahm.

Labels nach

Thornu. Włocławek.

Güteranmeldungen erbittet

Ferd. Krahm.

Labels nach

Thornu. Włocławek.

G